

Christian Demuth

Die sozial-demokratische Republik

Parteien versuchen aus Vergangenheitsdeutung politisches Kapital zu schlagen. Aber weder eine romantische Verklärung der DDR noch der »Chamäleon-Konservatismus« der Merkel-Union sind tragfähige Optionen politischer Zukunftsgestaltung. Es bedarf dringend einer offensiven sozial-liberalen Geschichtsdeutung.

Christian Demuth

(* 1971) ist Politikwissenschaftler und zur Zeit Referent für Grundsatzfragen im Parteivorstand der SPD.

christian.demuth@spd.de



In diesem und im nächsten Jahr stehen bedeutsame Jahrestage auf der politischen Tagesordnung. 40 Jahre »1968«, 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland sowie 20 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall in der DDR. Das Thema »1968« steht derzeit im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit, meist jedoch in einer oberflächlich voyeuristischen Darstellungsweise, in dem sich das Bildmaterial meist auf nackte Frauen (»Freie Liebe«) und viel Blut (Benno Ohnesorg, RAF-Terror) reduziert. Demgegenüber fällt die historische Einordnung der friedlichen Revolution und der Jubiläumsfeier der Gründung der Bundesrepublik bislang geradezu marginal aus. Es klingt daher fast wie eine Drohung, wenn Guido Knopp in den Medien ankündigt, er würde sich verstärkt der jüngeren deutschen Geschichte widmen. History sells. Doch diese pop-populäre Darreichung wird der wahren Bedeutung der Jahrestage nicht gerecht. Weil die Geschichte erneut zu einer zentralen Disziplin in den Geistes- und Sozialwissenschaften aufgestiegen ist,

wird Vergangenheitsdeutung heute wieder zunehmend Zukunftsdeutung. Im Gesamtbild geht es um zwei Fragen: Welche politische Kraft verkörpert die Geschichte der Bundesrepublik? Und wer steht für eine positive politische Perspektive Deutschlands?

Insbesondere die Konservativen mühen sich seit einiger Zeit, eine geistig-moralische Wende zu inszenieren und das sozial-liberale Projekt der Bundesrepublik in Frage zu stellen. Als wichtigster Angelpunkt diene hier gerade »1968«: Versucht wurde, das Datum aus dem Zeitkontext von Auschwitzprozessen, Vietnamkrieg und Kuppeliparagraf herauszulösen und die Bewegung auf eine (links-)radikale Minderheit der Studentenbewegung zu reduzieren. Zwar ist die erste Runde des Kulturkampfes in der *Causa* Joschka Fischer gescheitert, doch wird weiterhin das Ziel verfolgt, alle negativen gesellschaftlichen Phänomene der Jahrhundertwende wie Jugendkriminalität, Kinderverwahrlosung oder gesellschaftlicher Egoismus auf die 68er abzuwälzen. Innerhalb dieser Auseinandersetzung um die geschichtliche Deutungshoheit und die Formulierung politischer Zukunftsentwürfe hat jedoch der moderne Konservatismus ein Problem: Er hat 2005 nicht nur den sicher geglaubten Wahlsieg und seine strukturelle Mehrheitsfähigkeit eingebüßt, sondern ebenfalls ist seitdem das neoliberale Menschenbild und

Wirtschaftsmodell unter Beschuss geraten. Mit der Hessen-Wahl am 27. Januar erlitt er eine zweite Niederlage, als der rechtskonservative Wahlkampf eines Roland Koch gegen SPD, Grüne und die »Kommunisten« scheiterte. Es zeigt sich zunehmend, dass die Grundlagen neokonservativer Politik bedroht sind: Soziale Ungleichheit ist heute zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung geworden; gleichzeitig lehnen die Wähler platte rechtskonservative Kampagnen ab.

Chamäleon-Konservatismus

Der moderne Konservatismus versucht seit diesen beiden Schocks sein Gesicht zu verändern. Angeführt von der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel wird ein »Chamäleon-Konservatismus« inszeniert, der es der Union im tagespolitischen Geschäft möglich macht, sich geschmeidig anzupassen. Weiterhin dominieren zwar wirtschaftsliberale und konservative Politikansätze, doch gerade die CDU-Vorsitzende wechselt im Zweifelsfall Standpunkte je nach Situation. Nicht zufällig ist daher der weitgehende Verzicht auf ideologiepolitische Militanz bei der CDU-Vorsitzenden im Rahmen der geschichtspolitischen Auseinandersetzung zu beobachten, um durch eine solche unglaubwürdige und doch anscheinend erfolgreiche Strategie der Uneindeutigkeit die Mitte zu gewinnen. Sie vereinnahmt daher die Gründung der Bundesrepublik 1949 für die CDU genauso unverföhren wie die Politiker Kurt Schumacher, Willy Brandt oder Helmut Schmidt, wie man in einem Interview im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* vom 28.02.2008 entnehmen kann. »Bei uns zu Hause wurden Brandt und Helmut Schmidt bewundert, aber ich habe mit Erstaunen später gelernt, dass für große Teile der westdeutschen Linken Helmut Schmidt offensichtlich eine Art Feindbild gewesen ist. Das passte nicht mit meinem Erleben der Zeit zusammen.« Im

Interview lässt Angela Merkel tief blicken: Auch sie habe Bob Dylan gehört und war zudem – wenn natürlich in legaler Weise, wie sie betont – Hausbesitzerin in der damaligen DDR. Und auch der Gedanke, »die Vergangenheit und den Nationalsozialismus aufarbeiten zu wollen«, erschien ihr laut Interview »richtig« zu sein. Dies alles erinnert zwar sehr an Friedrich Merz, der einmal betonte, auch er sei mit dem Mofa durch das Sauerland gerast. Doch gelingt es der CDU-Vorsitzenden deshalb, sich auch als »68erin« zu gerieren, weil sie einerseits als Ostdeutsche an den ideologischen Debatten in der Bundesrepublik nicht beteiligt war, andererseits ihre Äußerungen von den Medien nicht hinterfragt werden.

Es gehört zu den Eigenarten des »Chamäleon-Konservatismus«, dass Merkel gleichzeitig nicht den polarisierenden Geschichtsbildern in ihrer Partei widerspricht. Dies kann sie allein aus machtpolitischen Gründen nicht wollen, so dass etwa auf dem CDU-Parteitag in Hannover das Schreckbild des »Sozialismus« an die Wand gemalt wurde. Sie ließ auch Roland Koch im Wahlkampf gegen »1968«, DDR-Nostalgie und Rückwendung zum Sozialismus schimpfen und wehrte sich bislang nicht gegen die Polemik ihres Wunsch-Koalitionspartners, der FDP, deren Generalsekretär Dirk Niebel die Große Koalition mit der *Nationalen Front* der DDR verglich, oder deren Vorsitzender Guido Westerwelle im *Handelsblatt* »staatliche Mindestlöhne und Höchstlöhne« als einen »Vorschlag der Einheitslöhne« und eine »Planwirtschaft wie in der DDR, bloß ohne Mauer« diffamierte.

Mobilisierende DDR-Romantik

Doch auch die *Linkspartei* versucht die geschichtspolitische Debatte für ihre Zwecke zu nutzen: Ihre ostdeutsche Vergangenheit als SED-Nachfolgepartei wird zunehmend unwichtiger, gleichzeitig wird die DDR in

den Neuen Bundesländern immer stärker als »normales« und »sozialeres« Deutschland wahrgenommen. Nach einer Umfrage der FU Berlin unter Schülern aus Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern trauten nur 17 Prozent der DDR die Todesstrafe zu, und mehr als 40 Prozent der Schüler glaubten, die Umwelt sei in der DDR sauberer gewesen als im Westen. Fast 70 Prozent der Schüler aus Brandenburg stellten fest, die Bundesrepublik sei vor 1989 nicht besser oder der DDR gleichwertig gewesen. Mehr als die Hälfte der Schüler stimmte der Aussage zu, »die DDR war keine Diktatur, sondern die Menschen hätten sich nur wie überall anpassen« müssen. Die *Linkspartei* nimmt solche Linien gerne auf, bilden doch einerseits ehemalige SED-Funktionäre immer noch eine wichtige Unterstützergruppe, andererseits sind westdeutsche *Linkspartei*-Mitglieder, wie der hessische Landtagsabgeordnete Manfred Sohn, von der DDR als dem besseren Deutschland sogar zutiefst überzeugt: »Die DDR war 40 Jahre lang der friedlichere und sozial gerechtere Teil Deutschlands« (*Tagesspiegel*, 29.01.2008). Besonders Lafontaine macht aus dieser Melange aus DDR-Relativismus ein populistisches Programm: Er mobilisiert durch eine positive Bewertung der DDR die ehemaligen SED-Eliten und spricht zugleich die Wendevertier und -kritiker in den Neuen Bundesländern an. Lafontaine schrieb in einem Vorwort für eine Biografie über den ehemaligen

Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, die DDR habe »Beachtliches geleistet: Vom Arbeitsgesetzbuch (das in der Bundesrepublik bis heute seinesgleichen sucht) über die Volksbildung, die medizinische Versorgung, die Landwirtschaft bis hin zur Sozialpolitik. Aber es fehlten Rechtsstaat und Demokratie. Das eine lässt sich nicht gegen das andere aufrechnen, und wo die DDR unter ihren eigenen Möglichkeiten und Ansprüchen blieb, da muss man ihr das stets vorhalten.«

Sozial-liberale Geschichtsdeutung

Zwingend notwendig scheint daher eine eigene offensive geschichtspolitische Auseinandersetzung aus sozial-liberaler Sicht. »Neue Soziale Marktwirtschaft« der modernen Konservativen oder DDR? Beides sind eben keine tragfähigen Zukunftsprojekte. Das sozial-liberale Projekt hat die Bundesrepublik wesentlich geprägt, das Wort von der demokratischen Neugründung der Bundesrepublik durch die Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 machte gar die Runde. Auch die errungene Freiheit vor der Einheit in der friedlichen Revolution in der DDR hängt hiermit zusammen. Das Ergebnis kann man heute betrachten: eine in vielerlei Hinsicht sozial-demokratische Republik, die eine positive politische Perspektive für Deutschland bildet.

Richtigstellung

Der Druckfehlerteufel erwies sich in der letzten Ausgabe als kleiner, doch besonders tückischer Dämon, der mit zwei Buchstaben den Sinn verkehrte: Der Text von Wolfgang Thierse muss selbstverständlich lauten: »Oder sie (die SPD) unterwirft sich *die* Linkspartei und zwingt sie zu vernünftiger, realitätstauglicher, also sozialdemokratischer Politik.«